



Der Ruf nach Studentenunruhen – und wer hilft Hongkong?

Von guten und von schlechten Protesten

Vor kurzem gab es ein hochoffizielles Gutachten. Es besagt, dass Deutschlands Studenten „unpolitisch“ seien, viel zu unpolitisch. Sie würden nur an ihr Studium denken, um möglichst schnell und möglichst viel Kohle zu machen. An die gesellschaftlichen Probleme im Lande verschwenden sie keine Minute, wird geklagt. Was steckt hinter solchen Klagen? Soll per Order de Mufti eine Revolte ausbrechen? Oder beklagt man, dass die Studenten im fernen Hongkong unfreiwillig politischer leben?

2014 ist das Jahr der Erinnerungen. Die Welle „100 Jahre 1. Weltkrieg“ ist abgeebbt. Die 2. Welle „75 Jahre Ausbruch des 2. Weltkriegs“ scheint plötzlich auch zu verflachen. Aber da haben wir ja noch „25 Jahre 1989“ – nicht bloß für die Deutschen. Bekanntlich gab es damals den „Fall der Mauer“, aber vorher auch die ersten freien Wahlen in Polen oder das Gemetzel auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking, bekannt als Tiananmen-Massaker. Da denkt man bei den Berichten über die Studentenproteste in Hongkong automatisch zurück und deshalb ängstlich nach vorne. Kann es tatsächlich auch in Hongkong wieder ein Massaker geben? In München beschäftigte sich sogar eine internationale Konferenz mit dem Thema und mit den möglichen Alternativen.



München – immer wieder Ort von Friedens- und Sicherheitskonferenzen

Die geschichtlichen Erfahrungen von Aufständen und Protesten (ABS)

Beim Wort „Studentenunruhen“ wirken die Menschen elektrisiert. Die einen sehen die jungen Menschen als geistige Elite und als Avantgarde wichtiger Entwicklungen, die anderen entdecken in ihnen Berufsrevoluzzer, oft gesteuert von fremden Mächten. Während im europäischen Mittelalter eher Bauernunruhen für Aufregung sorgten und später auch Arbeiteraufstände, wurden in der jüngsten Zeit unterschiedliche Studentenbewegungen zum Motor politischer Veränderungen. Dabei war auch schon in der Zeit der deutschen Romantik (ab ca. 1800) „Student und Freikorps“ Synonym für kämpferische Auseinandersetzungen. Die Revolution von 1848, gipfelnd im Hambacher Fest, sah ebenfalls Studenten im Mittelpunkt, allerdings auch viele Nationalbewegte älteren Semesters. Bauern- oder Arbeiterproteste waren damals nicht angesagt. Arbeiter-, Bauern- und Studentenaufstände (*ABS-Revolten*) sind unzweifelhaft Aufschreie von Benachteiligten und Unterdrückten. In der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert hatten wir den Arbeiteraufstand in der DDR (1953) und die Studentenkrawalle in der BRD (1968). Bauerndemonstrationen gab und gibt es weiterhin genug, aber nicht mit revolutionärer Macht. Immer jedoch geht es gegen die Obrigkeit.

Die Freiheitsbewegung der Studenten in Hongkong

In den deutschen Medien wurde nicht ausgiebig, aber durchaus mit Sympathie über die jüngsten Scharmützel der Studenten in Hongkong berichtet. Der Hintergrund: Nach 99jähriger Zeit als britische Kronkolonie mit demokratischen Strukturen fiel Hongkong 1997 vertragsgemäß wieder an China zurück. Dort waren aber nicht mehr alte kaiserliche Kader oder jüngere republikanische Gefolgschaften der Guomindang (Chiang Kai-shek) am Ruder, sondern eine kommunistische Partei, die das Wort Demokratie fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Trotzdem hatte man Hoffnungen gehegt, den strategischen Begriff von Deng Xiao-ping („Ein Land, zwei Systeme“) auf Dauer etablieren zu können. Der Status einer „Autonomie“ sollte für die Beibehaltung demokratischer Strukturen sorgen. Für 50 Jahre war alles staats- und völkerrechtlich abgesichert – dachte man. Nach anfänglichem Frieden ist aber jetzt eine erste Nagelprobe gekommen. 2017 soll eine neue „Verwaltung“ (Lokalregierung) etabliert werden. Die sieben Millionen Hongkong-Bürger dachten an Wahlen durch das Volk. Das ferne Peking aber denkt an eine Vorauswahl durch die Partei, an ein Gremium von 1200 Menschen, die ihre Kandidaten dann dem Volk präsentieren – natürlich auf einer kommunistischen Einheitsliste. Diese Entmündigung wollen sich die Bürger von Hongkong nicht gefallen lassen, allen voran die Studenten nicht, die um ihre Zukunft fürchten. Sie organisierten friedliche Proteste, spürten aber schnell die Staatsmacht. Seither wird in vielen Zirkeln nachgedacht, wie man in Hongkong selbst und auch andernorts für Freiheit und Demokratie werben kann. Denn fällt Hongkong, sterben auch die Hoffnungen auf eine irgendwann eintretende demokratischere Struktur der Volksrepublik China.

Münchener Symposium für eine Strategie zum friedlichen Wandel in China

Seit etwa zehn Jahren besteht ein „Forum für Demokratie in China und Asien“, das von Aktivistinnen in Deutschland und Taiwan gelenkt wird und das im Rahmen internationaler Konferenzen Gedanken entwickelt, wie der Demokratisierung nachgeholfen werden kann. Nach

Berlin (2006), Brüssel (2007), Tokio (2008) und anderen Hauptstädten tagte das Forum kürzlich in der bayerischen Landeshauptstadt. Teilnehmer waren unter anderen Politiker aus Deutschland (darunter der Autor) und Japan, Führer chinesischer Exilparteien aus aller Welt, der europäische Repräsentant des Dalai Lama oder einige mit dem Leben davongekommene Teilnehmer der damaligen Proteste auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“. Der Vergleich der friedlich gebliebenen Revolution 1989 in Europa, besonders in Deutschland, mit dem tödlichen Ausgang der Studentenproteste in China drängte sich natürlich auf. So wurde auch streng darauf verwiesen, dass man den Studenten in Hongkong kein Harakiri empfehlen, sie aber trotzdem ermutigen wolle. Gewaltfreie Protestbewegungen hätten in der Geschichte schon oft das Gleiche erzielt wie blutige Opferrituale – bei denen die Drahtzieher in der Ferne lachen. Ziviler Ungehorsam, die Etablierung zivilrechtlicher Organisationen und das Erstreben von Wohlstand für die Mittelschicht hatten schon oft geholfen. Und wie hilft Deutschland? Wie das ehemalige Mutterland, die britische Krone? Nur im Geheimen!

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de